

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 18. September 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**A 1072 Anfrage Spring Laura und Mit. über die Umsetzung der Sanktionen gegen russische Oligarchen / Finanzdepartement**

Laura Spring ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Laura Spring: Im Kanton Luzern sind Firmen ansässig, welche Geschäfte im Bereich des Rohstoffhandels und mit Russland abwickeln. So haben auch der Kanton Luzern und die Schweiz im Allgemeinen als Rohstoffdrehscheibe und Zentrum des russischen Finanzkapitals eine grosse Verantwortung in Bezug auf das Kriegsgeschehen. Meine Anfrage wurde zwar rasch beantwortet, mit dem Inhalt der Antworten bin ich aber nur teilweise zufrieden. Positiv zu bewerten ist, dass die Dienststelle Steuern aufgrund der Steuerunterlagen im Hinblick auf zu meldende Verdachtsfälle weitere Nachforschungen vornimmt und dabei auch auf einen Fall gestossen ist. Dieser wurde mit den erforderlichen Angaben über möglicherweise zu sperrende Gelder und Vermögenswerte dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gemeldet. Es fällt aber auf, dass der Regierungsrat sich stark auf das Seco abstützt. Das Seco wiederum ist zwar für die Vorgaben verantwortlich, nicht jedoch für den Vollzug, und es ist auf die Meldungen aus den Kantonen, aber auch aus den Rechtsanwaltskanzleien angewiesen. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, dass beim Eintrag ins Handelsregister nicht überprüft werden kann, ob sanktionierte Personen an einer zu konstituierenden Gesellschaft beteiligt sind. Weiter schreibt er, dass die Möglichkeit besteht, dass sanktionierte Personen an Gesellschaften mit Sitz im Kanton Luzern beteiligt sind, dass aber das Handelsregisteramt nur über einen Hinweis durch eine Zeitungspublikation oder andere Hinweise überhaupt Kenntnis davon haben kann, ob eine sanktionierte Person an den Gesellschaften beteiligt ist. Das ist keine gute Ausgangslage, um die Umsetzung der Sanktionen sicherstellen zu können. Auch bei der Wirtschaftsförderung besteht gemäss Antwort der Regierung keine Meldepflicht. Da zeigt es sich, dass die ganze Sanktionspraxis viele Schlupflöcher bietet. Bei der Umsetzung ist das Seco federführend, aber der Kanton trägt die ganze Verantwortung der Meldepflicht in allen möglichen Fällen, in welchen die Sanktionen umgangen werden. Wir sehen also, dass Handlungsbedarf besteht, weil wir nicht davon ausgehen können, dass die Sanktionen so umgesetzt werden, dass keine Schlupflöcher bestehen. Das Hauptproblem der mangelnden Transparenz ist darauf zurückzuführen, dass im Handelsregister die wirtschaftlich Berechtigten eines Unternehmens nicht ausgewiesen sind. Deshalb bleibt im Dunkeln, wer tatsächlich ein Unternehmen steuert und wo Gelder bestimmter Personen involviert sind. Diese Intransparenz ist international längst geächtet. Die «Financial Action Task Force» bekräftigte diesen März, dass ein solches öffentliches Register der wirtschaftlich

Berechtigten zum Standard für alle Länder werden muss. Seit dem Zeitpunkt der Einreichung meiner Anfrage wurde auch der internationale Druck auf das Seco stärker, zahlreiche Medien berichteten darüber. Die Schweiz wird kritisiert, dass sie die Sanktionen nicht genügend konsequent umsetzt. Der Nationalrat hat deshalb eine Motion überwiesen, welche den Bundesrat beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um die Transparenz über ausländische Beteiligungen an Unternehmen zu schaffen. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat seine Bemühungen verstärken wird, um die Umsetzung der Sanktionen stetig zu verbessern.

Rolf Born: Wir sind betroffen, dass Russland in eklatanter Verletzung des Völkerrechts die Ukraine mit militärischen Mitteln angegriffen hat. Dieser Krieg ist nicht weit weg von uns und hat vor allem schwerwiegende Auswirkungen auf die Menschen, die in der Ukraine wohnen und leben. Darum verurteilen wir die russische Aggression. Die FDP hat die Massnahmen des Bundes zur Aufnahme von Mitmenschen unterstützt. Wir unterstützen ebenfalls, dass international Sanktionen gegen Russland und damit auch gegen Oligarchen ergriffen werden. Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass die angeordneten Massnahmen im Kanton Luzern korrekt umgesetzt werden. Wir vertrauen darauf, dass dies weiterhin so konsequent geschieht.

Meta Lehmann: Gemäss Antwort des Regierungsrates weiss man im Kanton Luzern nichts von kritischen Fällen, wie es sie im Kanton Zug gibt. Es gab auch keine sogenannten Ring-Fencing-Fälle. Man geht daher davon aus, dass die Sanktionen gegen russische Oligarchen im Kanton Luzern nicht umgangen werden. Aber ob man genau genug hinschaut, geht aus der Antwort nicht hervor. Auch die SP-Fraktion sieht den expliziten Ausschluss der Handelsregister und der Wirtschaftsförderung von jeder Verantwortung kritisch. Dem Kanton würde es freistehen, diese Akteure stärker in die Pflicht zu nehmen, als es das Seco vorsieht. Wir hätten diesbezüglich eine etwas grössere Sensibilität erwartet, denn es sind ja letztes Jahr doch Fälle von sehr unangenehmer Nähe von Geschäftsleuten zum Regime in Russland bekannt geworden. Der russische Eigentümer des «Châteaus Gütsch» kam in Erklärungsnot, weil er auf einem Foto neben Putin sass, dies obwohl er davor versichert hatte, mit Putin nichts zu tun zu haben und nicht der Definition eines Oligarchen zu entsprechen. Philipp Studhalter, der ehemalige Präsident des Fussballclubs Luzern (FCL), kam ebenso in Erklärungsnot, weil er mit seiner Firma geholfen hatte, Millionenbeträge des Oligarchen Suleiman Kerimov zu verschieben. Sein Bruder landete wegen direkter Verbindungen zu dieser Person auch auf der Sanktionsliste der USA. War das wirklich alles im Kanton Luzern? Der Kanton könnte sich bereits jetzt stärker darum bemühen zu erfahren, wem die Firmen im Kanton Luzern gehören und wer wo das Sagen hat, und nicht auf den Bund warten. Zwar läuft nun endlich die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen. Bis dieses Gesetz aber in Kraft tritt, wird es noch eine Weile dauern. So lange sollten wir im Kanton Luzern aus eigenem Antrieb genauer hinschauen und die Stellen in die Pflicht nehmen, die ein bisschen Licht ins Dunkel der Besitzverhältnisse der Firmen bringen könnten.

Helen Affentranger-Aregger: Der Krieg gegen die Ukraine macht betroffen und wütend. Die Sanktionen gegen Russland sind der Mitte-Fraktion wichtig und müssen konsequent umgesetzt werden. Deshalb ist die vorliegende Anfrage wichtig. Es muss genau hingeschaut werden. Wie in der Antwort der Regierung zu lesen ist, werden die Prüfungen im Grundbuch, bei der Dienststelle Steuern und beim Handelsregister regelmässig und in kurzen Abständen durchgeführt. Die Meldungen an das Seco erfolgen vorschriftsgemäss. Wir gehen davon aus, dass dies weiterhin der Fall sein wird, und fordern die Verwaltung auf, wachsam und aufmerksam zu bleiben. Für uns ist die Antwort der Regierung zufriedenstellend.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Zu Beginn möchte ich auf die Vorbemerkung in unserer Antwort und unsere grosse Betroffenheit über die schrecklichen Geschehnisse in der Ukraine hinweisen. Es ist mir ein Anliegen, das an dieser Stelle nochmals zu betonen. Wir halten uns an die Vorgaben des Seco und setzen das um, was uns möglich ist. Ich bin einverstanden damit, dass eine gewisse Intransparenz besteht, aber das ist nicht ein Problem unseres Kantons, sondern ein generelles. Meta Lehmann hat erklärt, dass sich der Kanton besser darum bemühen könnte zu erfahren, wer an welchen Firmen wirtschaftlich beteiligt ist. Ich habe von ihr aber nicht gehört, wie wir das tun sollen. Wir müssen ehrlich sein, denn das ist nicht so einfach, wie Sie sich das wünschen. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir das tun, was möglich ist, aber nicht mehr. Wir halten die Vorgaben ein, denn wir sind auch imagemässig sehr daran interessiert. Wir wollen sauber arbeiten. Gänzlich ausschliessen können wir einen solchen Fall aber nicht.